

Für Rente oder Pflege

Frauen-Union will Betreuungsgeld nicht in bar

Der Jahresabschluss der Frauen Union im Kreis Tübingen stand im Zeichen der Beschlüsse des CDU-Parteitag in Leipzig.

Kreis Tübingen. Die Vorstandsmitglieder folgten der Einladung der Kreisvorsitzenden Rita Kuchler in die „Krone“ nach Ofterdingen, wo die CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz über die aus Frauensicht zentralen Entscheidungen des Bundesparteitages berichtete. Als wichtigen Schritt begrüßte sie die Einigung auf eine allgemeine, verbindliche Lohnuntergrenze und sah damit eine maßgebliche Forderung der Frauen Union erfüllt. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das muss vor allem endlich im Dienstleistungsbereich gelten, der überwiegend von weiblichen Arbeitnehmern und geringer Tarifbindung geprägt ist“, sagte Widmann-Mauz. Eine Lohnuntergrenze könne vielen Frauen ein gerechteres Einkommen sichern.

Die FU Baden-Württemberg hatte sich wie der Bundesverband der Frauenunion gegen eine Barauszahlung des für 2013 geplanten Betreuungsgeldes ausgesprochen. „Frauen sollten wählen können, ob sie das Betreuungsgeld in die eigene Altersvorsorge – gesetzlich oder privat –

oder eine Pflegezusatzversicherung einbringen wollen“ bekräftigte Widmann-Mauz ihre Position. Den Beschluss des Koalitionsausschusses, der eine Barauszahlung vorsieht, trage die Frauen Union mit, solange sie mit einer besseren Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente verbunden wird.

Zuletzt präsentierte die Staatssekretärin im Gesundheitsministerium die vom Bundeskabinett verabschiedeten Eckpunkte zur Pflegereform. Es werde mehr Unterstützung für Demenzerkrankte in der häuslichen Pflege und bei der Unterbringung in alternativen Wohnformen geben. Zu den Neuerungen zähle auch die Abkehr von der starren Minutenpflege.

Die Anhebung des Pflegebeitragsatzes 2013 und die bis dahin vorgesehene Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes würden besonders der wachsenden Zahl an demenziell Erkrankten zugute kommen, die bisher kaum in der Pflegeversicherung berücksichtigt wurden. Allerdings stellte Widmann-Mauz klar, dass die Mehreinnahmen von rund 1,1 Milliarden Euro nicht ausreichen werden, um die Gesamtkosten der Pflege zu finanzieren. Ein privater Eigenanteil werde auch in Zukunft bleiben und zusätzliche private Vorsorge nötig machen.